

”

*Nicht die Politik hat darüber zu entscheiden, was Qualität ist. Das würde einen Schritt zu weit gehen.*

**Susanne Raab**  
Medienministerin  
ÖVP

“

ein Maßnahmenkatalog unter Berücksichtigung europarechtlicher Rahmenbedingungen evaluiert und ein „Neustart für die österreichische Medienförderung und -transparenz sowie die Praxis der Medienkooperation“ eingeleitet werden.

#### Digitalisierungsförderung

Im Hinblick auf gesetzlich klar geregelte Medienförderungen wie etwa die Presseförderung, den Privatrundfunkfonds oder auch die wohl noch heuer erstmals auszuschüttende Digitalisierungsförderung sieht die Regierung vor, ein einheitliches Medienförderungsgesetz mit höherem Budget zu schaffen. „Ziel ist es, ein oder auch zwei Gesetze zu schaffen“, sagte Blimlinger. Dabei sollen reine Onlinemedien ebenfalls in das Förderregime inkludiert werden. Der Umstand, dass diese bei der Digitalisierungsförderung leer ausgehen, sorgte in mehreren Stellungnahmen zum Gesetz für Unmut.

Die Verankerung von Qualitätskriterien für die Vergabe von Medienförderung will die Regierung prüfen. Raab zeigte sich diesbezüglich am Dienstag bei einer Pressekonferenz noch skeptisch. „Nicht die Politik hat darüber zu entscheiden, was Qualität ist. Das würde einen Schritt zu weit gehen“, sagte sie. Blimlinger sieht das anders: „Qualität kann man schon definieren. Es geht dabei aber nicht darum, ist das ein guter Beitrag oder ein schlechter, sondern etwa wie viele Journalistinnen und Journalisten nach Kollektivvertrag beschäftigt sind oder

wie viele Artikel in einer Zeitung eigenrecherchiert sind.“ Auch das Angestelltenverhältnis von Männern und Frauen oder gerichtliche Verurteilungen könnten als Qualitätskriterien herangezogen werden – nicht jedoch Rügen des Presserats. „Das ist ein Organ der Selbstkontrolle, hier hat der Staat nichts verloren“, so Blimlinger.

”

*Qualität kann man schon definieren. Es geht dabei aber nicht darum, ist das ein guter Beitrag oder ein schlechter, sondern etwa ...*

**Eva Blimlinger**  
Mediensprecherin  
Die Grünen ...

“

#### Neue Regeln sollen kommen

Für Medienkooperationen – etwa Inseratenschaltungen – sollen Regeln erstellt werden. So sieht der Ministerratsvortrag etwa Berichtspflichten, eine Wirkungsanalyse, um Zielgruppen und Maßnahmen zu identifizieren, und eine Gültigkeit für alle Gebietskörperschaften vor. Für die Budgets soll es zudem eine Grenze geben, wie Blimlinger erklärte. Diese könne aber bei erhöhtem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit wie zum Beispiel im Falle einer Pandemie flexibel angepasst werden.

Um die Medienkooperationen möglichst transparent zu ge-

stalten, ist eine Reform der Medientransparenzdatenbank, die vierteljährlich die Werbeausgaben in Medien der öffentlichen Hand ausweist, vorgesehen. So soll etwa die Einsehbarkeit und Lesbarkeit erleichtert werden. Bisher ist es sehr schwer, die Daten zu strukturieren und auszuwerten. Auch soll die Löschpflicht nach zwei Jahren aufge-



© Parlamentsdirektion/Photo Simonis

vollziehbarkeit bei der Inseratenvergabe ist der einzig richtige Weg, um etwaige Interessenkonflikte zu vermeiden. Eine Vermischung der beiden Instrumente kann weder im Interesse der Auftraggeber bzw. Fördergeber – im konkreten Fall der öffentlichen Hand – noch der Medien liegen“, so VÖZ-Präsident Markus Mair in einer Reaktion auf den neuen Medienministerin.

#### ... will rasche Umsetzung

Erfreut über das Bekenntnis der Bundesregierung zur Stärkung des Medienstandorts Österreich und des unabhängigen Journalismus zeigt sich VÖZ-Geschäftsführer Gerald Grünberger: „Dazu gehört auch die rasche Umsetzung der bereits beschlossenen Digitalförderung als wichtige Ergänzung zur Presseförderung. Der VÖZ steht jedenfalls weiterhin als verlässlicher Gesprächspartner für die angekündigten Stakeholder-Gespräche zur Verfügung“, so Grünberger abschließend. (APA/fej)

”

*... wie viele Journalistinnen und Journalisten nach Kollektivvertrag beschäftigt sind oder wie viele Artikel in einer Zeitung eigenrecherchiert sind.*

hoben und die „Bagatellgrenze“, die derzeit bei 5.000 € liegt, bei Veröffentlichungspflichten fallen. Geplant ist zudem, auch Werbeschaltungen der öffentlichen Hand in nicht periodischen Medien meldepflichtig zu machen. Schätzungen gehen von rund einem Drittel des gesamten Werbegeldes aus, das durch die „Bagatellgrenze“ und der Lücke bei nicht periodischen Medien einer Veröffentlichungspflicht entgeht.

#### VÖZ zeigt sich erfreut und ...

Der VÖZ begrüßte in einer ersten Reaktion die Initiative. „Der Fokus auf Transparenz und Nach-

... zur Frage der Förderkriterien

“